

Personalwechsel in der Krise – Institutionelle Rahmenbedingungen für die europäische Politik

1. Einleitung	82
2. Europa in Sorge um Arbeitsplätze – hohe Erwartungen an die EU	82
3. Das Europäische Parlament nach dem 7. Juni 2009	84
4. Kommission Barroso II – die Neuauflage	87
5. Schweden, Spanien und Belgien – Ratsvorsitz mit sozialstaatlicher Tradition	90
6. Vertrag von Lissabon wird in Kraft treten	91
7. Eine Zusammenfassung: Kurswechsel nicht in Sicht	92

Auszug aus WISO 3/2009

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

*Melitta
Aschauer*

*Leiterin der
Abteilung EU und
Internationales der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte
Wien*

1. Einleitung

In Europa werden die Karten neu gemischt. Europäisches Parlament und Kommission stellen sich für die nächsten fünf Jahre neu auf. Gleichzeitig ist die europäische Politik in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gefordert wie nie zuvor. Die Erwartungen an ein entschlossenes Handeln der europäischen Politik sind enorm und die Forderung nach einem Kurswechsel wird nicht nur von Gewerkschaftsseite erhoben. Der folgende Beitrag hat eine Analyse der neuen Rahmenbedingungen in den EU-Institutionen zum Ziel und setzt sich dabei insbesondere mit den Entwicklungsmöglichkeiten für die soziale Dimension und eine arbeitnehmerInnenorientierte Politik in Europa auseinander.

2. Europa in Sorge um Arbeitsplätze – hohe Erwartungen an die EU

*die europäischen
Bürgerinnen und
Bürger erwarten
entschlossenes
Handeln*

Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt voll auf die Realwirtschaft durch. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Kurzarbeit, Massenentlassungen oder Betriebsschließungen zu lesen ist. Das spiegelt sich auch in der Stimmung der EuropäerInnen wider, wie sie von Eurobarometer, dem europäischen Umfrageinstitut, erhoben wird. In etwa jeder dritte Erwerbstätige in der Europäischen Union ist „sehr besorgt“, dass er aufgrund der Krise arbeitslos werden könnte. Noch mehr Menschen machen sich Sorgen, dass ihre Partner (38 %) oder Kinder (47 %) arbeitslos werden könnten.¹ Eine dramatische Situation, in der die Bürgerinnen und Bürger von der Europäischen Union (EU) Lösungskompetenz erwarten. 72 % der von Eurobarometer Befragten sind davon überzeugt, dass die EU eine positive Rolle bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spielt. 61 % der EuropäerInnen sagen, dass sie sich besser geschützt fühlen, wenn ihr Land Maßnahmen in Absprache mit den anderen EU-Ländern einführen und anwenden würde.² Eine verstärkte Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken zwischen den Mitgliedstaaten, die Überwachung von Finanzkonzernen durch die EU und eine bedeutende Rolle der EU bei der Regulierung der Finanzdienstleistungen werden von mehr als zwei Drittel der befragten EuropäerInnen befürwortet. In einer österreichischen Umfrage sind sogar 70 % der Ansicht, dass die EU-Staaten gemeinsam mehr zur Abwehr der Finanz- und Wirtschaftskrise ausrichten können, als dies jedes Land auf sich alleine gestellt tun könnte.³

Gleichzeitig ist die personelle Besetzung der EU-Institutionen im Umbau begriffen. Nach der Wahl vom 7. Juni dieses Jahres sind

knapp die Hälfte von 736 Abgeordneten zum Europäischen Parlament neu und viele von ihnen zunächst einmal mit der Suche nach dem richtigen Sitzungssaal oder der Organisation von Büromaterial beschäftigt. In der Europäischen Kommission konnte man in den vergangenen Monaten ein reges Gehen und Kommen beobachten. Dalia Grybauskaitė war dort zuletzt für den EU-Haushalt zuständig, avancierte zur Ministerpräsidentin von Litauen. Danuta Hübner (ehemals EU-Kommissarin für Regionalpolitik) ist zwar der Regionalpolitik treu geblieben, tut dies aber neuerdings als Abgeordnete der Europäischen Volkspartei und Vorsitzende des Regionalausschusses. Bei der Ratspräsidentschaft bleibt es bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon dabei, dass der amerikanische Präsident, wie einer seiner Vorgänger, sagen kann: „ich weiß nicht, wen ich anrufen soll, wenn ich mit Europa sprechen möchte.“ Die Chancen, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, sind – trotz einiger Unwägbarkeiten – verglichen mit der Situation vor einem Jahr wieder recht groß. Dann wird aufgrund der im Vertrag vorgesehenen neuen Funktionen das Personalkarussell schon wieder in Gang gesetzt werden. Jedenfalls kann man aber jetzt schon erkennen, dass das Ergebnis eher in Richtung interinstitutionelle Jobrotation denn in einen Generationenwechsel oder gar einen Kurswechsel in der europäischen Politik münden wird.

EU beschäftigt sich mit Personalfragen

Arbeitslosigkeit und Finanzkrise, aber auch Visionen für ein soziales Europa waren im ersten Halbjahr dieses Jahres beherrschende Themen bei den BewerberInnen um europäische Ämter. In den Programmen der KandidatInnen zum Europäischen Parlament – insbesondere in Österreich – waren ArbeitnehmerInneninteressen neben Maßnahmen gegen die Krise auffallend präsent. Sogar Manuel Barroso hat, bevor er sich seiner Wiederwahl sicher war, die soziale Karte gezückt. Sitzen einmal alle fest in ihren Sesseln, dann kann – eine kleine Reverenz an die schwedische Präsidentschaft – der Elchtest beginnen.

KandidatInnen um europäische Ämter werben mit dem Ausbau der sozialen Dimension

Aber noch ist es nicht so weit. Die EU-Institutionen-Landschaft ist wie ein eben begonnenes Puzzlespiel, mit unterschiedlichen Vorstellungen vom fertigen Bild in Paris, Berlin oder London. Der Teil, der das Europäische Parlament betrifft, ist mit der Einigung über den Präsidenten und die Ausschussvorsitzenden und -mitglieder weitgehend komplett. Bei der Europäischen Kommission ist das Zentrum schon identifiziert, die Zusammensetzung des Teams noch offen. Auf der Ratsebene fehlen nur mehr die Positionen, die mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffen werden sollen.

europäische Institutionenlandschaft ist noch im Umbau begriffen

3. Das Europäische Parlament nach dem 7. Juni 2009

Wahlen zum Europäischen Parlament: stärkste Gruppe sind die NichtwählerInnen

Der Wahlabend am 7. Juni 2009 begann wie vor fünf Jahren mit einer demokratiepolitischen Hiobsbotschaft: Die Wahlbeteiligung ist wieder gesunken. Eine europaweite Wahlbeteiligung von 43 % lässt die NichtwählerInnen zur stärksten Gruppe werden. Die EU-Wahlen sind hierzuland und in Europa sogenannte Second Order Elections, auf Deutsch also „zweitrangige Wahlen“, mit deren typischen Kennzeichen wie niedrige Beteiligung, überraschend hohe Erfolge von Protestlisten und Denkmittel-Ergebnisse für die Regierungsparteien.⁴

Mandatsverteilung für das Europäische Parlament nach den Wahlen

Ergebnis der Europa-Wahl

Fraktion	Anzahl der Sitze	Ergebnis in %
EVP	265	36
S&D	184	25
ALDE	84	11,4
ECR	55	7,5
GRÜNE/EFA	55	7,5
GUE/NGL	35	4,8
EFD	32	4,3
NA	26	3,5

- EVP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
- S&D: Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament
- ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- ECR: Europäische Konservative und Reformisten
- GRÜNE/EFA: Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
- GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
- EFD: Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“
- NA: Fraktionslos
- Quelle: Europäisches Parlament

Europäische Volkspartei (EVP) hat ihre Position gestärkt. SozialdemokratenInnen haben kräftig verloren und nennen sich jetzt S&D.

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat mit nur geringen Verlusten ein respektables Ergebnis erzielt. Dies obwohl die englischen Konservativen, die Tories, die gemeinsame Fraktion verlassen haben. Die SozialdemokratInnen haben kräftig verloren, konnten aber als kleinen Trost die italienischen Demokraten in ihrer Fraktion willkommen heißen. Daher tragen sie jetzt die etwas sperrige Fraktionsbezeichnung „Progressive Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D)“ und sind die einzige Fraktion, in der alle 27 Mitgliedstaaten vertreten sind. Die Liberalen bleiben, obwohl sie

Wählerstimmen verloren haben, drittstärkste Kraft mit 80 MandatarInnen. Die Grünen verbuchten leichte Gewinne (+2 %) und liegen mit insgesamt 55 Abgeordneten gleichauf mit der europakritischen Fraktion der „European Conservatives and Reformist Group“ (ECR), die ebenso viele Mandate errungen hat. Kern der neuen konservativen Gruppe sind die 26 Tories, die englischen Konservativen, die sich von der Europäischen Volkspartei (EVP) abgespalten haben. Hinter den Grünen und der ECR reihen sich die „Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE) mit 35 Abgeordneten ein. Die kleinste Fraktion ist „Europa der Freiheit und der Demokratie“ mit 32 Abgeordneten, die nationalistischen und/oder rechten Parteien zuzuordnen sind. Fraktionslos sind 26 europäische VolksvertreterInnen. Unter ihnen ist Österreich mit drei FPÖ-Mandataren und drei Abgeordneten der Liste Hans Peter Martin überproportional vertreten.

erstmalig eine deklariert europakritische Fraktion im Europäischen Parlament

Das Wahlergebnis bedeutet zwar eine leichte Verschiebung nach rechts, aber keine fundamentale Änderung der Kräfteverhältnisse. Die bisher schon konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament wird leicht gestärkt. Es gilt weiter, dass keine der beiden politischen Hauptströmungen eine absolute Mehrheit hat. Den Konservativen/Liberalen fehlen dafür allerdings nur 25 Stimmen. Wenn man die ECR zu den wirtschaftsnahen Parteien zählt, dann ergibt das für diese Orientierung eine Mehrheit von 55 %. Die Neugründung der ECR (europakritisch) und die Re- bzw. Umorganisation der EFD (nationalistisch) hat eine Art Flurbereinigung in der europäischen Fraktionslandschaft gebracht. Die beiden letztgenannten Gruppen könnten die Meinungsbildung im Europäischen Parlament insofern ändern, als es leichter werden könnte, Vorschläge zu blockieren, aber auch gleichzeitig schwieriger, strengere Regulierungen durchzusetzen. Mit der Abspaltung der Tories von den Konservativen sollte die EVP bezüglich der Notwendigkeit von Regulierungen und ArbeitnehmerInnenrechten gegenüber den SozialdemokratInnen jedenfalls kompromissfähiger werden. Für die nächsten zweieinhalb Jahre wird der Konservative Jerzy Buzek an der Spitze des Europäischen Parlaments stehen, der in seiner Antrittsrede nicht darauf vergessen hat, dass seine Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung, nämlich der polnischen Solidarnosc liegen.

konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament wird leicht gestärkt.

größere Chancen, einen Vorschlag zu verhindern, aber auch größere Hürden für neue Regulierungen

Aus ArbeitnehmerInnen- und KonsumentInnen-sicht hat das Europäische Parlament – trotz konservativer Mehrheit – in der vergangenen Legislaturperiode überwiegend richtige und wichtige Korrekturen zur Binnenmarktdoktrin von Kommission und Rat vorgenommen. Beispiele dafür sind die Dienstleistungsrichtlinie, die

*Europäisches
Parlament hat in
der Vergangen-
heit trotz konser-
vativer Mehrheit
wichtige und
richtige Ände-
rungen durchge-
setzt*

Arbeitszeitrichtlinie oder die Ablehnung des Vorschlags betreffend die Arbeitszeit für Berufskraftfahrer, der Selbstständige aus dem Anwendungsbereich ausnehmen sollte. Besonders erfreulich war die im Oktober 2008 mit großer Mehrheit angenommene Erklärung, die klar fordert: „Die wirtschaftlichen Freiheiten, wie sie in den Verträgen verankert sind, sind so auszulegen, dass sie nicht die Wahrnehmung grundlegender Sozialrechte beeinträchtigen, wie sie in den Mitgliedstaaten und vom Gemeinschaftsrecht anerkannt werden.“⁴⁵

*freies Spiel der
Kräfte macht
Entscheidungs-
findung span-
nend*

Dass es im Europäischen Parlament keinen Klubzwang, sondern das freie Spiel der Kräfte gibt, macht solche Mehrheiten möglich. Das Faszinierende daran ist, dass sich die Vielfalt Europas auch in der Differenziertheit seiner Parteienlandschaft widerspiegelt. Die österreichischen SozialdemokratInnen haben mit Jean Claude Juncker (Christdemokraten, Luxemburg) ohne Zweifel mehr Gemeinsamkeiten als mit der englischen Schwesterpartei „New Labour“. Der Blick auf das Europäische Parlament gleicht dem Blick in ein Kaleidoskop, wo vor jeder Abstimmung ein neues Bild der Mehrheitsverhältnisse entsteht. Wir dürfen also gespannt sein, wie sich der Meinungsbildungsprozess in der kommenden Legislaturperiode gestaltet.

*wichtige Abstim-
mungen im Eu-
ropäischen Par-
lament stehen
bevor*

Die europäische Volksvertretung wird sich gleich zu Beginn der Legislaturperiode mit den rechtlichen Konsequenzen der Krise in Form einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte auseinandersetzen. Wenn die Kommission einen neuen Entwurf zur Arbeitszeitrichtlinie vorlegt, wird dieser im Parlament sicher wieder heiß diskutiert werden. Ein umstrittenes Dossier, das zur Behandlung vorliegt, ist auch das sogenannte Asylpaket, bei dem es um die Rechte und Pflichten der AsylwerberInnen geht. Bei der Erweiterung der Europäischen Union und beim EU-Budget ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments Voraussetzung für einen positiven Abschluss. Aber das Europäische Parlament ist nicht nur Mitgesetzgeber, sondern kann auch selbst Initiativen zu wichtigen Themen ergreifen. Dies ist beispielsweise im nach seinem Verfasser benannten „Andersson-Bericht“ passiert, worin sich die Abgeordneten klar gegen die Konsequenzen der arbeitnehmerInnenfeindlichen Urteile⁶ des Europäischen Gerichtshofes ausgesprochen haben. Solche Initiativen wünschen wir uns von unseren VertreterInnen öfters vor allem natürlich mit dem Ziel, die soziale Dimension in Europa zu stärken.

*die Europa-Ab-
geordnete sind
aufgefordert,
mehr eigene Ini-
tiativen zu
setzen*

Mit einer ersten Initiative in diesem Sinn machte der Vorsitzende der S&D, Martin Schulz, auf sich aufmerksam, indem er die Wie-

derwahl von Kommissionspräsident Barroso durch seine Fraktion mit einem Forderungsprogramm verknüpfte.

4. Kommission Barroso II – die Neuauflage

Obwohl die derzeitige Kommission durch ihre schrankenlose De-regulierungspolitik – unter erfolgreichem Lobbying des Finanzplatzes London – das Ausmaß, in dem die Europäische Union von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wird, mitverschuldet hat, soll es an der Spitze keine personellen Konsequenzen geben. Der alte und neue Kommissionspräsident heißt José Manuel Barroso. Er wurde ohne nennenswerte Diskussion im Umlaufverfahren von den Regierungen einstimmig – also auch von den SozialdemokratInnen – für eine weitere Periode nominiert. Nicht so klar war die Situation zunächst im Europäischen Parlament, wo zumindest eine Mehrheit von 369 Stimmen für seine Wahl notwendig ist. Formal genügt zwar die einfache Mehrheit, realpolitisch ist jedoch eine breit abgesicherte Mehrheit erforderlich, um bequem durch die Legislaturperiode zu kommen. Barroso, der gemeinsam mit dem Binnenmarktkommissar als Speerspitze einer weitgehenden Liberalisierungspolitik gilt und im Sozialbereich kaum wegweisende Impulse gesetzt hat, ist im Europäischen Parlament nicht unumstritten. Die Grünen wählten ihn nicht und haben sich als einzige Fraktion zumindest Gedanken über einen Gegenkandidaten gemacht. Aber auch bei den Liberalen gab es Vorbehalte, allen voran beim neuen Vorsitzenden der Fraktion, dem Belgier Guy Verhofstadt, der ja noch bei der letzten Kür des Kommissionspräsidenten selbst für diese Position zur Verfügung gestanden ist. Der Vorsitzende der Liberalen hat bei der Ausschussbesetzung für seine Fraktion große Erfolge erzielt, was ihn den Groll über vergangene Zeiten vergessen ließ. Vor allem die Gunst der S&D, der zweitstärksten Fraktion, ist für Barroso wichtig, weil im Parlament de facto „eine große Koalition light“⁷ installiert ist. Die SozialdemokratInnen wussten wiederum, wie heiß begehrt ihre Stimmen für die Präsidentenwahl sind, und forderten den designierten Präsidenten auf, zu elf Schlüsselfragen, die „den dringenden Erwartungen unserer Bürger an die Europäische Union entsprechen“, Position zu beziehen. Dabei ging es um folgende Forderungen:

- ein neues Konjunkturprogramm mit höheren Investitionen in Jobs
- einen europäischen Beschäftigungspakt
- eine neue Charta der Rechte der Frau

alter und neuer Präsident der EU-Kommission ist José Manuel Barroso

Europäische Abgeordnete wollen bei der Wiederwahl des Kommissionspräsidenten nichts überstürzen

S&D übermittelt Barroso ein Elf-Punkte-Programm

- einen sozialen Fortschrittspakt, um klarzustellen, dass der Binnenmarkt nicht Vorrang vor den grundlegenden Sozialrechten haben darf
- eine wirksame Überwachung der Finanzmärkte
- stärkere und wirksamere europäische Finanzierungsinstrumente
- Solidarität der Mitgliedstaaten mit den von der Krise am stärksten Betroffenen
- eine Außenpolitik für einen „Global New Deal“
- eine Wirtschaftsstrategie, orientiert an der Verflechtung von wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Fortschritt
- einen neuen Rechtsrahmen zur Absicherung der öffentlichen Dienstleistungen in Europa
- ein europäisches Budget, das Herausforderungen und Prioritäten der BürgerInnen entspricht⁸

Barroso wird mit 382 Stimmen wiedergewählt, ohne Forderungen zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension übernehmen zu müssen

Diese Punkte sind zweifellos sehr stark von den Forderungen der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen inspiriert. Der Kommissionspräsident hat seine langen Sommerferien dazu genutzt, seine politischen Leitlinien für die nächste Kommission zu verfassen. Dabei hat er gerade mal so viel Soziales einfließen lassen, dass die S&D nicht völlig vor den Kopf gestoßen wird, aber zu wenig, um ernsthaft eine neue Politik glaubhaft zu machen. Vermutlich hat er schon gewusst, dass die iberische Solidarität leichtfüßig Parteigrenzen überwindet und er unabhängig von seinem Programm die Abgeordneten der stärksten Fraktionen zweier wichtiger Mitgliedstaaten auf seiner Seite hat. So war es dann auch: Während sich die Mehrheit der Abgeordneten der S&D der Stimme enthielt, gab es Zustimmung von den portugiesischen sowie spanischen Mitgliedern der Fraktion. Damit hat sich eine Mehrheit von 382 Pro-Stimmen von 718 ergeben, was kein sensationelles, aber ein zufriedenstellendes Ergebnis war.

Damit ausgestattet, machte sich der frisch gekürte Kommissionspräsident – mit der Sensibilität noch auf das Ergebnis des 2. Oktobers zu warten – an die Auswahl seiner Kollegiumsmitglieder.

Ressortverteilung ist bestimmend für Kurs der Kommission

Wesentlich für die Arbeit der Kommission Barroso II werden jedenfalls die handelnden Personen und ihre Aufgabenzuständigkeiten sein. Die Ressortzusammensetzung in der EU-Kommission ist ein Spiegel der Prioritätensetzung ihrer Arbeit. Bisher zeigte sich eine klare Schwerpunktsetzung zu Gunsten der Außen- und Wirtschaftspolitik. Da die Kommission mit einfacher Mehrheit entscheidet, saßen bisher einem Sozialkommissar oder einem Umweltkommissar immer gleich mehrere Kommissare gegenüber,

deren Aufgabe es war, Wirtschafts- oder außenpolitische Interessen zu vertreten. Wenn es künftig ein Ressort für Grundrechte, für Asyl und für Klimapolitik geben wird, die mit engagierten Persönlichkeiten besetzt sind, könnte sich dies positiv auf den Interessenausgleich in der EU auswirken.

Auch die politische Heimat der KommissarInnen wird die Arbeit der Kommission prägen. Wenn man davon ausgeht, dass die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Personen der stärkeren Regierungspartei angehören, kommt man auf mindestens 20 Mitglieder aus dem konservativ-liberalen Lager, denen maximal sieben der Linksorientierten gegenüberstehen. Neben Portugal, das auf eine Verlängerung von Barroso hofft, ist Österreich bis jetzt das einzige Land, in dem die stärkste Partei (SPÖ) auf das Vorschlagsrecht für die Kommissarin bzw. den Kommissar verzichtet hat. Dies ist umso bedauerlicher, als die möglichen KandidatInnen des Juniorpartners (ÖVP) sich für die soziale Dimension weder interessiert noch qualifiziert gezeigt haben. Dementsprechend wurde die Interessenbekundung für den Arbeitsbereich mit Wirtschaft, Finanzen oder Landwirtschaft auf den österreichischen (ÖVP-)Wunschkandidaten zugeschnitten.

Während für die Wirtschaftspositionen in der Kommission von vielen Mitgliedstaaten heftig lobbyiert wird, waren die Bewerbungen für das Sozialressort, milde gesagt, überschaubar.

Die Performance des scheidenden Sozialkommissars Vladimír Špidla hat die Attraktivität dieses Postens nicht unbedingt erhöht. Eine weitgehend ambitionslose Amtszeit klingt mit einem mageren Programm für das nächste Halbjahr aus. Auch wenn die Priorität „Bewältigung der Krise und Auswirkungen auf die soziale Situation“ semantisch die richtige Fragestellung trifft, bleiben die konkreten Maßnahmen doch einiges schuldig. Konkret gibt es nur zwei Vorhaben, die dieser Fragestellung zuzuordnen sind. Erstens ein Mikrofinanzierungsinstrument (nach dem Modell des bangladeschischen Nobelpreisträgers Muhammad Yunus) für Kleinunternehmer und Arbeitslose auf dem Weg zu Selbstständigkeit in der Höhe von bis zu 25.000 Euro. Dieses wird nicht mehr sein als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Zweitens können Projekte mithilfe des Europäischen Sozialfonds nun zu 100 % aus EU-Mitteln finanziert werden, um ihre Umsetzung zu sichern. Voraussetzung ist, dass dies durch Gelder ausgeglichen wird, die von den nationalen Haushalten bis zum Ende des Programmplanungszeitraums 2013 bereitgestellt werden. Ein nächster Schritt

Österreich ist neben Portugal bis jetzt das einzige Land, wo die stärkste Partei auf die Kommissarin bzw. den Kommissar verzichtet

Ein schwacher Sozialkommissar verabschiedet sich mit bescheidenen Vorschlägen für Wege aus der Krise

auf der Suche nach Abfederung der Krise soll im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum Post-Lissabon-Prozess (Strategie für Wachstum und Beschäftigung ab 2010) gesetzt werden.

5. Schweden, Spanien und Belgien – Ratsvorsitz mit sozialstaatlicher Tradition

unter schwedischer Präsidentschaft sind Vollbeschäftigung und die Sozialpartner im Programm

Im Rat ist der Wechsel an der Spitze eine Routineangelegenheit, die jedes halbe Jahr stattfindet. Unter diesen speziellen institutionellen Rahmenbedingungen hat nun Schweden das Ruder übernommen und steht vor der schwierigen Aufgabe, den Kurs für Europa vorzugeben. Nach der tschechischen Chaospräsidentschaft kommt mit Schweden ein verlässlicher und pragmatischer Partner an die Spitze. Wenngleich die ArbeitnehmerInnenthemen nicht so prominent angesiedelt sind wie in der letzten schwedischen Präsidentschaft, so erkennt man doch, dass es ein Land ist, in dem – trotz derzeitiger Regierungskonstellation und Sozialabbau auf nationaler Ebene – der Wohlfahrtsstaat Teil der Identität des Landes ist. Noch immer ist Schweden in Fragen der Gleichberechtigung oder Gesundheit sowie auch bei der Steuerquote im europäischen Spitzenfeld. Daher wundert es nicht, dass bei diesen Themen jetzt auch auf europäischer Ebene Impulse gesetzt werden. Es ist wohlthuend, im Präsidentschaftsprogramm wieder von „Vollbeschäftigung“ und „Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft“ zu lesen. Auch der Diskussionsprozess zu sozialen Fragen wird in dieser Präsidentschaft gepflegt werden. Schon beim gleich zu Beginn der Präsidentschaft angesetzten informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales am 8. und 9. Juli in Jönköping wurden Wege zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt in Zeiten der Wirtschaftskrise gesucht. Zu begrüßen ist auch, dass die Vorschläge dazu in der Post-Lissabon-Strategie nachhaltig verankert werden sollen.

2010 übernehmen Spanien und Belgien den Ratsvorsitz

Kontinuität im positiven Sinn lassen die kommenden Ratspräsidentschaften Spanien und Belgien erwarten. Beide sind erfahrene Mitgliedstaaten, die sowohl national als auch auf europäischer Ebene schon bisher Akzente in der Weiterentwicklung der sozialen Dimension setzen konnten. Sowohl Belgien als auch Spanien haben eine pro-europäisch eingestellte Bevölkerung, die Erfolge auf der europäischen Bühne auch zu honorieren bereit ist. Im Jahr 2011 werden mit Ungarn und Polen an der Spitze der Europäischen Union vermutlich wieder andere Akzente gesetzt werden.

Gerade deswegen ist es wichtig, dass die feierliche Erklärung zu den Rechten der ArbeitnehmerInnen vom Juni 2009 nicht in Vergessenheit gerät. Der Europäische Rat hat darin die große Bedeutung folgender Themen für die Union bestätigt:

- sozialer Fortschritt und Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte,
- öffentliche Dienstleistungen
- Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für die Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdiensten
- die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen Behörden in Bezug auf die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- alle im Reformvertrag enthaltenen sozialen Bestimmungen

Erklärung zu den Rechten der ArbeitnehmerInnen vom Juni 2009 nicht in Vergessenheit geraten lassen

Dass die Entstehung dieser Erklärung nicht auf einer Katharsis der Staatsoberhäupter beruht, sondern auf der Notwendigkeit der irischen Regierung, ihren BürgerInnen vor der Abstimmung über den Reformvertrag etwas „Herzeigbares“ zu präsentieren, ist offensichtlich. Auch die Kritik, die Erklärung wiederhole nur, was im Reformvertrag ohnehin schon festgeschrieben sei, ist zutreffend.

6. Vertrag von Lissabon wird in Kraft treten

Am 2. Oktober 2009 hat Irland dem Vertrag von Lissabon (in der Folge auch Reformvertrag oder Vertrag genannt) zugestimmt. Damit könnte die bisher letzte große Hürde vor dem Inkrafttreten überwunden sein. Noch haben nicht alle Staaten ratifiziert und die Ankündigung des britischen Oppositionsführers, er würde im Fall eines Wahlsieges die Ratifizierung des Vertrags rückgängig machen, hängt wie ein Damoklesschwert über Europa. Sollte aber doch alles klappen, würde damit eine lange integrationspolitische Leidensgeschichte zu Ende gehen, die von der Degradierung der Verfassung auf den Verfassungsvertrag und dann zu einem Reformvertrag oder „Vertrag von Lissabon“ führte. Es wurden und werden alle Register gezogen, um ein Inkrafttreten des Vertrages durch Volksentscheide, Höchstgerichtsklagen und die Unterschrift verweigernde Präsidenten zu verunmöglichen. Jetzt kommt er aber wahrscheinlich doch. Die Gewerkschaften haben sich in der hochemotionalen Debatte zurückhaltend zustimmend gezeigt und das mit Recht.

auch Irland stimmt dem Vertrag von Lissabon zu

Der Reformvertrag allein wird keine entscheidenden Impulse für die Entwicklung der sozialen Dimension in Europa geben. Die Aufnahme der Grundrechtecharta, die auch soziale Grundrechte ent-

auch der Reformvertrag wird die grundlegenden Hindernisse auf dem Weg zu einem sozialen Europa nicht beseitigen

hält, könnte eine gewisse Strahlkraft nach sich ziehen. Die „soziale Querschnittsklausel“, die versichert, dass in allen EU-Politiken der sozialen und beschäftigungspolitischen Ziele der Union Rechnung getragen werden soll, muss sich erst im Echtbetrieb beweisen. Das Zusatzprotokoll über die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist zu begrüßen, es wäre allerdings noch wertvoller gewesen, hätte es klargestellt, dass öffentliche Dienstleistungen vom Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht ausgenommen werden können. An den wesentlichen Determinanten für die europäische Wirtschaftspolitik ändert der Vertrag aber nichts. Weder tastet er den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit den Maastrichtkriterien an, noch verpflichtet er die Europäische Zentralbank (EZB), neben der Preisstabilität andere Ziele – wie z. B. Beschäftigung – zu verfolgen. Die Steuerpolitik unterliegt weiterhin der Einstimmigkeit. Dieser Sachverhalt wurde als „Zuckerl“ für das irische Referendum nochmals einstimmig und explizit erklärt.

7. Eine Zusammenfassung: Kurswechsel nicht in Sicht

Europa braucht: ein soziales Fortschrittsprotokoll, den Ausbau sozialer Mindeststandards, Maßnahmen gegen das Sozial- und Steuerdumping und eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik

Der Vertrag von Lissabon ist für die Zukunft der Union (vielleicht) ein großer Schritt, aber für die Durchsetzung der Interessen von ArbeitnehmerInnen in Europa jedenfalls nur ein kleiner. Natürlich sind wir über jeden Millimeter erfreut, den das soziale Europa wächst. Es gibt in allen EU-Institutionen fortschrittliche Ansätze und engagierte Personen, die die soziale Dimension voranbringen wollen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in den zentralen Fragen wenig Bewegung gibt. Die Schiefelage zwischen Wirtschafts- und ArbeitnehmerInneninteressen bleibt auch nach dem Personalwechsel in Brüssel bestehen. Wichtig und richtig ist es jetzt, die Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes nach einem „Protokoll für den sozialen Fortschritt“⁹, in dem die Wichtigkeit von sozialen Grundrechten anerkannt werden soll, und einer Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik zu unterstützen und durchzusetzen. Denn es wird sehr schwer werden, für die notwendigen Mindeststandards und Maßnahmen gegen Sozial- und Steuerdumping Mehrheiten zu finden. Es sei denn, der wiederholte Appell des Doyens der europäischen Politik, Jean Claude Juncker, findet doch noch Gehör: „Wir sehen untätig zu, wie sich die Arbeitnehmer von der Europäischen Union abwenden. Daher brauchen wir nicht nur eine Währungs-, sondern auch eine Sozialunion.“¹⁰

Anmerkungen

- 1 Eurobarometer-Sonderumfrage 316: Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik, IP/09/1187, 24.07.2009
- 2 Die Europäer und die Finanzkrise, Standard-Eurobarometer (EB 71), 27.3.2009.
- 3 Die Rolle der Europäischen Union in der Wirtschafts- und Finanzkrise im Urteil der ÖsterreicherInnen, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (SWS), 12.5.2009.
- 4 Wahlanalyse Europawahl 2009 von ISA/SORY im Auftrag des ORF.
- 5 Entschließung des EP v. 22.10.2008 zu den Herausforderungen für Tarifverträge in der EU (2008/2085(INI)), sog. „Andersson-Bericht“.
- 6 Siehe FN 5 sowie EuGH 11.12.2007, Rs C-438/05, Viking Line, Slg 2007, I-10779; EuGH 18.12.2007, Rs C-341/05, Laval, Slg 2007, I-11767; EuGH 3. 4. 2008, Rs C-346/06, Rüffert, Sölg 2008, I-01989; EuGH 19.6.2008, Rs C-319/06. Kommission/Luxemburg, Slg 2008, I-4323.
- 7 EVP und S&D haben sich über eine Halbzeitlösung für den Parlamentspräsidenten geeinigt und suchen in wichtigen Fragen den Konsens.
- 8 Presseaussendung der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, 16.7.2009.
- 9 EGB Vorschlag für ein „Social Progress“ Protocol, www.etuc.org/a/5175 (16.3.2008).
- 10 TAZ, 30.12.2006.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at